Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.

Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.

Der Insertionspreis beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten. Alle Anzeigen-Bureaux nehmen Inserate für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisaufschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: F. Gloede in Bütow. Verlag und Redaktion von F. Gloede in Bütow.

Nr. 21. Freitag, den 13. März 1891.

Zu Bismarcks Reichstags-Kandidatur.

Die Thatsache, daß Fürst Bismarck sich, wenn auch nicht unbedingt, so doch gegebenenfalls zur Annahme einer Reichstagswahl entschlossen hat, legt den Gedanken nahe, daß in letzter Zeit eine Annäherung zwischen Berlin und Friedrichsruh stattgefunden hat, wie dies von der ‚Börs.-Ztg.‘ und der ‚Köln. Ztg.‘ behauptet wird. Wäre dies nicht der Fall, so bliebe nicht zu verstehen, wie der Fürst, nachdem er bisher gegen die Annahme von Kandidaturen „Rücksichten persönlicher, häuslicher und gesellschaftlicher Natur“ geltend gemacht, diese Gründe nun nicht mehr als maßgebend erachten könnte. Gerade die „persönlichen Verhältnisse“, d. h. die Beziehungen zu der allerhöchsten Stelle, welche dem Fürsten z. B. schon in seiner Eigenschaft als Generaloberst eine dienstliche Meldung beim Kaiser vorschreiben, falls er nach Berlin kommt, können nur dann außer Betracht bleiben, wenn jene „Annäherung“ thatsächlich stattgefunden hätte.

Ganz anders lautet indessen, was die ‚Freis. Ztg.‘ sagt. Ihr zufolge hätte Finanzminister Miquel am Sonntag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler v. Caprivi gehabt. Die Konferenz soll sich auf die Stellung der Regierung gegenüber einer Reichstagskandidatur des Fürsten Bismarck bezogen haben. Die Minister machen, wie das Richtersche Blatt wissen will, kein Hehl daraus, wie unbequem ihnen das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstage sein würde. „So „unheimlich“ dem Herrn v. Caprivi auch jede Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei ist, so würde er wahrscheinlich derselben im stillen sehr dankbar sein, wenn sie den Fürsten Bismarck im 19. hannoverschen Wahlkreise aus dem Felde schlüge. Das wäre vielleicht zu erreichen, wenn die Deutschhannoveraner sich entschließen könnten, den freisinnigen Kandidaten im ersten Wahlgange zu unterstützen und dadurch in die Stichwahl zu bringen.“

Die Stellung, welche die Leitung der nationalliberalen Partei zur Kandidatur Bismarcks nimmt, ergibt sich aus folgender Mitteilung der ‚Nat.-Ztg.‘: „Aus dem 19. hannoverschen Wahlkreis ist seitens des nationalliberalen Wahlkomitees an das Zentralkomitee nach Berlin berichtet worden, daß der Landtagsabgeordnete Schoof in der Vertrauensmännerversammlung zu Otterndorf am 5. d. berichtet habe, „mit Zustimmung des Zentralkomitees in Berlin, bezw. im Auftrage desselben den Fürsten v. Bismarck zum Reichstagskandidaten vorschlagen zu müssen.“ Das Zentralkomitee der nationalliberalen Partei hatte dem Herrn Abgeordneten Schoof in bezug auf diese Kandidatur weder einen Auftrag noch eine Ermächtigung erteilt.“ —

Die freikonservative ‚Post‘ bemerkt zur Kandidatur des Fürsten: „Wir unsererseits sehen darin keinen Grund zur Beunruhigung. Man hat zu Nutz und Frommen der linksliberalen Parteiinteressen sich zwar auf das eifrigste bemüht, einen schroffen Gegensatz zwischen der Politik der Regierung und der Auffassung des Fürsten Bismarck zu konstruieren. Wer indessen nicht durch die gefärbte Brille des Parteiinteresses sieht, wird erkennen, daß beide sich in dem Streben, die Einheit und Stärke des Reiches nach innen und außen zu wahren und zu erhalten, treffen. Man ist daher zu der Annahme berechtigt, daß Fürst Bismarck, zu dessen charakteristischen Eigenschaften es gehört, große Fragen stets nur unter großen Gesichtspunkten zu behandeln, mit seiner staatsmännischen Einsicht und Erfahrung der Regierung eine wertvolle Stütze für ihre deutschnationale und europäische Politik sein und in diesem Sinne vornehmlich im Reichstage wirken würde. Ganz abgesehen davon, daß der Reichstag nur dadurch gewinnen kann, wenn er einen Mann von der Bedeutung des Fürsten Bismarck in seinen Reihen zählt.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser nahm am Dienstag Marinevorträge entgegen. Am Nachmittag fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers von Rußland Tafel statt, an welcher auch Mitglieder der russischen Botschaft teilnahmen.

* Ein Besuch des Kaisers in Altona, beim Grafen Waldersee, steht demnächst zu erwarten. Der Besuch wird anläßlich einer projektierten Reise des Kaisers nach Kiel erfolgen.

* Der preuß. Kultusminister v. Goßler hat sein Abschiedsgesuch eingereicht; dasselbe soll bereits genehmigt sein.

* Die ‚Lib. Korresp.‘ weiß ihren Lesern von angeblichen Gerüchten zu erzählen, nach denen eine Art Aussöhnung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Reichskanzler Caprivi im Werke sei; in „parlamentarischen Kreisen“ soll man diesen Gerüchten keinerlei Bedeutung beimessen. „Man will“, so heißt es in dem genannten Organe weiter, „aus gewissen Anzeichen schließen, daß Fürst Bismarck allerdings direkt oder indirekt Versuche gemacht habe, sich nicht seinem Nachfolger, wohl aber dem Kaiser wieder zu nähern, daß aber diese Versuche völlig erfolglos geblieben sind.“

* Wie der ‚Reichs-Anzeiger‘ amtlich mitteilt, ist der Unterstaatssekretär im preuß. Kultusministerium, Dr. Barkhausen, unter Beilegung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz zum Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats ernannt worden. — Sein Vorgänger Dr. Hermes hat bei seinem Abschiede den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub erhalten.

* Die Deputation des Landesausschusses aus den Reichslanden in Angelegenheit des Paßzwanges, welche in Berlin vom Kaiser empfangen wird, besteht aus dem Präsidenten Schlumberger, dem ersten Schriftführer Baron Charpentier und den Reichstagsabgg. Petri und Zorn v. Bulach.

* Bei der nächsten General-Konferenz des deutsch-italienischen Eisenbahnverbandes wird unter andern die Frage der Ausfuhr von Kohlen und Eisen aus Deutschland nach Italien einer Besprechung unterzogen werden. Seitens der Eisenbahndirektionen sind die deutschen wirtschaftlichen Vereinigungen, welche an der Ausfuhr Interesse haben, ersucht worden, über die Höhe des Versandts im vorigen Jahre zu berichten und sich über die Maßnahmen zu äußern, welche zu einer Hebung des Verkehrs für zweckmäßig erachtet werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Die offiziöse Wiener ‚Montagsrevue‘ führt aus, die neue Parlaments-Mehrheit werde aus Deutschliberalen, Polen und allen Konservativen bestehen. Das Programm der Regierung sei, die bestehende Verfassung in allen ihren Teilen zu schützen, und dem Frieden im Innern die Wege zu ebnen. Die Majorität solle alle Fragen, welche das nationale und Verfassungsgebiet berühren, von der Diskussion thunlichst fernhalten und sich der wirtschaftlichen Entwickelung des Reiches mit allem Eifer hingeben.

Das Organ der ungarischen Regierung, ‚Nemzet‘, tritt den pessimistischen Prophezeiungen deutscher und ungarischer Blätter bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrages entgegen und betont, es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die maßgebenden Faktoren Sonderinteressen keinen größeren Einfluß einräumen werden, als den allgemeinen, welche einen Erfolg der Verhandlungen dringend erheischen. Am Mittwoch sollte die entscheidende Sitzung stattfinden.

Frankreich.

* Bekanntlich wollen die Pariser Künstler sich an der Moskauer Ausstellung beteiligen, sie sind dabei aber in einen Konflikt mit Rußland geraten. Der ‚Nat.-Ztg.‘ teilt man darüber aus Paris mit: Das hiesige russische Generalkonsulat verweigert den französischen Ausstellern auf der Moskauer Ausstellung, welche keinen Taufschein beibringen können, die Paßvisa. Die französischen Journale protestieren bereits gegen diese Maßnahme.

England.

* Der diplomatische Briefwechsel in der Frage des Robbenfanges im Behringsmeer wird veröffentlicht. Eine Depesche Lord Salisburys an den britischen Gesandten in Washington, Pauncefote, vom 21. Februar hält an der Behauptung fest, daß die Engländer im Behringsmeer die gleichen Rechte haben, wie anderswo im offenen Meere. Salisbury stimmt im übrigen zu, daß die in der Depesche des Staatssekretärs Blaine vom 17. September v. näher bestimmten Fragen einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

* Ueber ein ... türkisches Parlament wurde am Montag im Oberhause verhandelt. Premierminister Lord Salisbury erklärte, es sei nicht Englands Sache, in der Türkei repräsentative Institutionen zu befürworten; wenn das türkische Volk solche wünsche, werde es sie erhalten (??), sonst würden dieselben weder die Wohlfahrt noch die Zufriedenheit der Bevölkerung herbeiführen.

Belgien.

* Ueber die Verfassungsrevision teilte Minister Beernaert am Dienstag in einer Versammlung der Zentrumssektion die Absichten der Regierung dahin mit, daß die Wählerzahl auf 600 000 erhöht, und die Ansässigkeit Grundlage des Wahlrechts sein soll. Für die Wählbarkeit zum Senat soll der Zensus beibehalten werden und die Wahl indirekt durch die Provinzialräte erfolgen.

* Eine aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Delegation des Arbeits- und Industrierats überreichte den Kammern eine Petition, in welcher die Regierung ersucht wird, versöhnliche Maßregeln zu ergreifen, um einen allgemeinen Streik zu verhüten, der unheilvolle Folgen haben würde.

Dänemark.

* Die Presse der Rechten jubelt über das jetzt mit der gemäßigten Linken geschlossene Kartell. So schreibt ein ministerielles Organ: Die abgeschlossene Uebereinkunft hat zu definitiver Sprengung der Linken geführt. Das Regime Estrup hat offenbar den Sieg davongetragen. Als der Reichstag zusammentrat, waren drei Viertel der Mitglieder oppositionell, jetzt verfügt die Regierungspartei über zwei Drittel der Mitglieder.

Italien.

* Der im Sterben liegende Prinz Napoleon verweigerte, seinen Sohn Viktor vorzulassen und lehnt auch die Tröstungen der Kirche ab.

Spanien.

* Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die Regierung wegen Ausbreitung der Unabhängigkeits-Agitation die Absendung von 6870 Mann nach der Insel Cuba befohlen.

Rußland.

* Der Bruder des Zaren, Großfürst Sergius Alexandrowitsch, ist zum General-Gouverneur von Moskau, und Fürst Dolgorukow, welcher diesen Posten bisher bekleidete, zum Mitglied des Reichsrats ernannt worden.

* Die russische ‚Petersb. Ztg.‘ betont die Notwendigkeit, einige im Kaukasus liegende Truppenteile und eine kaukasische Kavallerie-Division nach der Westgrenze zu verlegen, wo ihnen wichtige Aufgaben bevorstehen können.

Balkanstaaten.

* Der König von Griechenland wird Mitte nächsten Monats in Berlin eintreffen, um daselbst einige Tage zu verbleiben. Der König berührt übrigens Berlin nur, weil er sich auf der Durchreise nach Kopenhagen befindet. Von der dänischen Hauptstadt, woselbst er einen längeren Aufenthalt nimmt, wird er sich nach Wiesbaden begeben, um, wie schon verschiedene Male früher, eine vierwöchentliche Kur zu gebrauchen. Nach Beendigung derselben wird der König gemeinsam mit seiner inzwischen in Deutschland eingetroffenen Familie mit Ausnahme des kronprinzlichen Paares, welches durch die Regentschaft des Kronprinzen in Athen festgehalten wird, nach Kopenhagen aufs neue zurückkehren, um die bekannte Familienvereinigung im Schlosse Fredensborg während des Sommers zu genießen.

* Das Gerücht von einer für nächsten Oktober geplanten Reise des jungen serbischen Königs Alexander nach Rußland beruht, wie von unterrichteter Seite versichert wird, auf Erfindung.

Amerika.

* In den politischen Kreisen Washingtons erregt die offenbar von autorisierter Seite ausgehende Feststellung großes Aufsehen, daß die Genehmigung der Indianer-Kostenanschlagsbill auf eine skandalöse Korruption zurückzuführen ist, da der betreffende Gesetzentwurf noch nicht gedruckt ist. Der genaue Betrag der Kosten ist noch unbekannt. Das Kongreßmitglied Peel, welcher zugleich Mitglied des Komitees für die Indianerangelegenheiten ist, schätzt jedoch den Kostenbetrag für die Indianer auf 16 Millionen Dollar. Der Rest der zwanzig Millionen des Kostenanschlages ist für sogen. „Nebenausgaben“ gebucht, die mehr oder weniger verdächtig sind.

Deutscher Reichstag.

Am Dienstag hat der Reichstag zunächst die Novelle zum Strafgesetzbuch betr. die Schädigung der Post- und Telegraphenverwaltung (Strafbestimmungen wegen nochmaliger Benutzung entwerteter Post- und Telegraphenzeichen und wegen Störung von Telegraphenanlagen) in zweiter Lesung angenommen, ebenso den Gesetzentwurf betr. die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Darauf beschäftigte sich das Haus mit Wahlprüfungen und erwies sich zum Schluß abermals als beschlußunfähig, es waren nur 141 Abgeordnete anwesend.

Auf der Tagesordnung des Reichstages vom Mittwoch standen Petitionen. Unter denselben befand sich auch eine, welche die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin befürwortete. Dieselbe sollte nach dem Vorschlage der Abgg. Rickert und Bebel der Regierung zur Berücksichtigung bezw. Erwägung überwiesen werden. In der Debatte wies u. a. der Abg. Bebel darauf hin, daß in dem Maße, wie die Bevölkerung und Konkurrenz zunehme, man doch den Frauen auch neue Berufsthätigkeiten eröffnen müsse. Abg. Rickert betonte, daß es sich hier um gerechte, in anderen Ländern bereits längst erfüllte Forderungen der Humanität, nicht etwa um „Emanzipationslust“ handle. Die Mehrheit des Hauses ging jedoch über sie auf Antrag der Kommission zur Tagesordnung über.

Preußischer Landtag.

Am Dienstag setzte das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung der Gewerbesteuervorlage fort und billigte die Bestimmungen über die Einteilung der Gewerbesteuerklassen und die Steuersätze, sowie über das Veranlagungs- und Berufungsverfahren. Des weiteren wurde beschlossen, daß die Berufung gegen die Beschlüsse der Veranlagungs-Kommission in allen Fällen an die Bezirksregierung statt an den Finanzminister zu erfolgen hat. Als Beschwerdeinstanz gegen die Berufungsentscheidung wurde auch hier, wie im Einkommensteuergesetz, das Oberverwaltungsgericht statt eines besonderen Steuer-Gerichtshofes bestimmt.

Am Mittwoch setzte man die Beratung der Gewerbesteuervorlage fort. §§ 59 bis 69, über welche zusammen beraten wurde, bestimmen, daß für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe eine besondere Betriebssteuer zu entrichten ist, welche zwischen 12 und 100 Mk. beträgt, und setzen die Modalitäten der Besteuerung, Berufung ꝛc. fest. Der Abg. Broemel hatte beantragt, diese beiden Paragraphen zu streichen. In seiner Befürwortung dieses Antrages meinte Abg. Goldschmidt, daß es der Regierung weit weniger auf die „moralische Seite“, die Verminderung des Zechens, ankomme, als vielmehr auch hier auf eine Vermehrung ihrer Einnahmen. Außerdem beantragt er im Falle der Ablehnung des Antrages Brömel, in § 60 zu bestimmen, daß die Gewerbetreibenden der niedrigsten Steuerstufe von zwölf Mark in der ersten Hälfte des zweiten Monats die Steuer bezahlen sollen, während die Regierungsvorlage die Bezahlung in der ersten Hälfte jeden Monats verlangt. Dieser Antrag wurde denn auch angenommen.

Von Nah und Fern.

Das kaiserliche Leibjägerkorps. Zu seiner persönlichen Bedienung bei Ausfahrten ꝛc. hält der Kaiser bekanntlich ein Leibjägerkorps, welches jetzt 15 Köpfe stark ist. Es werden zu diesem Dienst nur gelernte Jäger engagiert, die ihre Lehrzeit in den königlichen Forsten absolviert haben und nach Ableistung ihrer Militärpflicht in einem Jägerbataillon sich zur Dienstleistung in den Forsten der königlichen Hofkammer melden. Nach sorgfältiger Auswahl seitens des Hofmarschallamtes und nach persönlicher Vorstellung beim Kaiser werden dieselben zunächst probeweise engagiert, bis sie dann bei entsprechender Befähigung definitiv angestellt werden. Der Leibjägerdienst beim Kaiser wird ihnen analog ihrer Forst- und der Militärzeit bei den vorgeschriebenen zu absolvierenden Dienstjahren in der Forstkarriere angerechnet; nach 9 bezw. 12 Jahren erhalten sie Anstellung als pensionsberechtigte Förster in den königlichen Forsten. Die meisten derselben ziehen es jedoch vor, im persönlichen Dienst beim Kaiser zu verbleiben. Jeden fünften Tag haben die Leibjäger den persönlichen Dienst zu versehen, an welchem sie sich im königlichen Schlosse auf der ihnen angewiesenen Dienststube bereit zu halten haben. An Salär erhalten die kaiserlichen Leibjäger durchschnittlich 250 Mk. per Monat.

Der lange Winter hat uns wieder einen unangenehmen Gast gebracht, welcher noch vom vergangenen Jahre her bei allen in bösem Andenken steht. Die Influenza tritt seit einigen Wochen in mehreren Städten wieder epidemisch auf, wenn auch nicht in dem Umfange und der Heftigkeit, wie im vorigen Winter.

Das Zustandekommen des Mars-la-Tour-Denkmals in der alten Kaiserstadt Quedlinburg ist nunmehr vollständig gesichert.